

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Zelle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Gerne:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 1.20 monatlich, Mt. 3.60 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangirung. — Bezugs-Veränderungen nehmen wir gerne entgegen. In Wiesbaden die Poststraße 19, sonst die Hauptstädter in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die Poststraße 19, sonst die Hauptstädter in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die Poststraße 19, sonst die Hauptstädter in allen Teilen der Stadt.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Wg. für erste Anzeigen; 20 Wg. für zweite Anzeigen; 15 Wg. für dritte Anzeigen; 10 Wg. für vierte Anzeigen; 5 Wg. für fünfte Anzeigen; 2 Wg. für sechste Anzeigen; 1 Wg. für siebte Anzeigen; 0,50 Wg. für achte Anzeigen; 0,25 Wg. für neunte Anzeigen; 0,10 Wg. für zehnte Anzeigen; 0,05 Wg. für elfte Anzeigen; 0,02 Wg. für zwölfte Anzeigen.

Verleger: Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Lohse 6202 und 6203.

Mittwoch, 13. Februar 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 73. • 66. Jahrgang.

## Ein unmöglicher Zustand.

Nach der guten und sachlichen Erledigung unserer Verhandlungen mit der Ukraine haben wir durch Herrn Trotsky eine Überraschung erfahren. Er hat plötzlich erklärt, daß Rußland unter Verzicht auf die Unterzeichnung eines formellen Friedensvertrags den Kriegszustand mit Deutschland und dessen Bundesgenossen für beendet erklärt und daß gleichzeitig der Befehl der völligen Demobilisierung der russischen Streitkräfte erteilt worden ist. Im ersten Augenblick konnte man — und das waren wir denn auch alle — über diese Wendung der Dinge erfreut sein, und wir wollen auch gar nicht leugnen, daß wir die neue Formel des Herrn Trotsky als ein Ergebnis zu unseren Gunsten, vielleicht sogar zugunsten eines Friedensschlusses mit Rußland verbuchen dürfen. Andererseits freilich können wir uns den großen Bedenken, die der neuen Lage anhaften, nicht verschließen. Daß Herr Trotsky irgend einen weithin wirkenden Schachzug unternehmen würde, um dem schweren und doppelten Druck des ihm von uns auferlegten Ultimatums und des Friedensschlusses mit der Ukraine sich zu entziehen, war zu erwarten. Es wäre aber politisch sehr kurzfristig, wollte man nun diesen Schachzug als eine ehrliche und dem Wortlaut nach gemeinte Tat bewerten. Was Herr Trotsky vorbringt, ist ein völkerrechtliches Monstrum; es gibt Krieg und es gibt Frieden, es gibt auch einen Zustand zwischen Krieg und Frieden, das ist nämlich der Zustand, während dessen die Waffen ruhen und über den Frieden verhandelt wird. Aber es gibt keine definitive Beendigung des Kriegszustandes ohne Aufrichtung eines neuen Friedenszustandes. Was so entsteht, wäre ein Vacuum, von dem niemand zu sagen vermöchte, nach welchen Gesetzen es funktioniert und welche Möglichkeiten ihm innewohnen. In eine derartige Unsicherheit und Unübersichtlichkeit können wir uns unmöglich hineinbegeben. Das andere aber, womit Herr Trotsky uns oder wohl richtiger unser Volk ködern will, ist noch weniger wert. Er will die russische Armee endgültig demobilisieren. Seit Wochen und Monaten hat sie sich so endgültig in der Auflösung befindet, daß sie heute nur noch ein leerer Begriff ist. Wir haben schon seit langem nicht mehr mit ihr gerechnet, und wir werden auf absehbare Zeit hinaus mit ihr nicht zu rechnen haben. Das Geschenk, das uns Herr Trotsky so entgegenbringt, ist also von vornherein wertlos, und bestenfalls eine Bestätigung des Zustandes, den unsere Armeen schaffen. Solche Anerkennung aber haben wir gar nicht verlangt, einfach darum nicht, weil alle Welt den Tatbestand richtig einschätzt. Herr Trotsky freilich mag ein gewisses Interesse daran haben, die schöne Bolabel von der völligen Demobilisation aus dem Munde zu stoßen, denn wir können uns wohl denken, daß Millionen der russischen Bevölkerung höchst unwillig darüber sind, daß ein endgültiger Friedensschluß nicht zustande kommt. Diese Unwilligen, von denen vielleicht über Nacht Herrn Trotskys blutgetränkter Diktaturthron umgestoßen werden könnte, will Herr Trotsky füttern. Wir haben keine Ursache, ihm dabei behilflich zu sein. Und dies um so weniger, als die weitaus greifende Gefahr, mit der Herr Trotsky angeblich in überströmender Friedensbereitschaft das Meer nach Hause schickt, eine Gefahr verbitet, die uns recht unbekannt werden könnte. Es ist nämlich ohne weiteres klar, daß sehr unbestimmt um die sogenannte völlige Demobilisation die Rote Garde und all die übrigen maximalistischen Raubhorden unter den Waffen bleiben werden, um so wie bisher die russischen Randvölker, die zur Selbstständigkeit streben, zu vergewaltigen. Nun aber könnte es sehr wohl sein — das haben wir schon an einem Appell der estländischen Ritterschaft gesehen — daß eines Tages diese von den maximalistischen Streunern heimgeführten Völker uns um Hilfe anrufen. Es liegt sogar sehr nahe, daß die Ukraine, gegen die die demagogische Wut des Herrn Trotsky nach dem mit uns vollzogenen Friedensschluß lebhaft aufkocht, dies tut. Würden wir dann, wozu wir uns nicht nur politisch, sondern auch menschlich verpflichtet fühlen müßten, Hilfe senden, so würde der schlaue Herr Trotsky Entrüstung mimen und die Entente zum Reagen anrufen, wie frivolo Deutschland und dessen Bundesgenossen den Frieden, den er durch seine Demobilisation begründet habe, umstoßen. Auch zu deraileichen Schiebungen wollen wir Herrn Trotsky kein Sprungbrett schaffen.

Demgemäß, der Zustand, den Herr Trotsky uns auferlegen möchte, ist ganz gewiß auf die Dauer genau besetzt, aber überhaupt unmöglich. Das Entweder-Oder, das wir den Maximalisten während der letzten Dresdener Verhandlungen, und zwar von Rechts wegen so nahe wie irgend möglich an den Leib gerückt haben,

können wir nicht durch phrasenhafte Erklärungen umstoßen lassen. Entweder macht Herr Trotsky mit uns einen regulären Frieden, oder er will den Krieg. Wir möchten aber glauben, daß ihm solch Mangel an politischer Einsicht, besonders nach dem lokalen Vorbild, das unsere Friedensfindung mit der Ukraine aufgerichtet hat, nicht gerade das Vertrauen seiner Völker sichern wird.

## Rußland und Deutschland.

(Von unserer Berliner Abteilung.)

L. Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht. 15.) Reichs-Langler Graf Hertling und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann sind heute vormittag in das Große Hauptquartier abgereist, um dort mit dem Kaiser und dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg über die Lage zu beraten, die sich aus den Erklärungen Trotskys und dem Abbruch der Verhandlungen von West-Sitow ergeben hat, sowie über die Maßnahmen, die angesichts dieser Lage seitens der Verbündeten zu ergreifen sind. Die Sitzung in West-Sitow, in der der Vorsitzende der russischen Delegation seine merkwürdige Erklärung über die einseitige Beendigung des Krieges abgab, dürfte wohl vorläufig die letzte Friedensbesprechung mit den Russen gewesen sein, denn die Delegierten haben West-Sitow verlassen, ohne daß irgendwelche Abmachungen über weitere Verhandlungen getroffen worden wären. Es war selbstverständlich, daß die Bevollmächtigten der Zentralmächte zu den alle Teilnehmer vollkommen überraschenden Ausführungen Trotskys ohne weiteres keine Stellung nehmen konnten. Sie waren von ihren Regierungen wohl dazu befugt, einen Frieden abzuschließen, aber die so plötzlich neu geschaffene Lage hätte zum mindesten eine Beratung der Delegierten untereinander erfordert. Herr Trotsky hat es offenbar abgesehen, in West weiter zu verhandeln, denn in seiner Erklärung verweist er auf den Weg des unmittelbaren Verkehrs oder auf die Petersburger Kommissionsverhandlungen. Demgegenüber müssen wir jedoch betonen, daß wir es bereits einmal abgelehnt haben, uns von der russischen bolschewistischen Regierung Vorschriften darüber machen zu lassen, wo wir verhandeln wollen. Von unserer Seite werden, falls der Petersburger Regierung daran liegen sollte, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, in wohlwollendster Weise alle Vorschläge, auch die, an einem anderen Ort weiter zu beraten, geprüft werden, denn es wäre durchaus denkbar, daß die Großrussen nicht in einer Stadt weiterverhandeln wollen, die jetzt zu dem Gebiet der ukrainischen Volksrepublik gehört. Aber darüber muß man sich in Petersburg klar sein, daß es noch wie vor für uns ganz ausgeschlossen ist, an einem neutralen Ort, umgeben von einem ganzen Spionagenetz und Antingemach der Entente, die Besprechungen fortzuführen. Auch in Petersburg weiter zu verhandeln werden wir auf das bestimmteste ablehnen, um so mehr, als die Verhältnisse in der russischen Hauptstadt sich nachgerade bedauernd entwickelt haben, daß für die notwendige persönliche Sicherheit der sich dort Aufhaltenden kaum noch irgendwelche Garantie von der Regierung übernommen werden kann. Wir können heute auch mitteilen, daß die Absicht besteht, wenn nicht eine vollständige Änderung der Lage eintritt, die jetzt noch in Petersburg weilende Kommission der Zentralmächte abzuweisen. Was aber die jetzt geschaffene diplomatische Lage anbetrifft, so hat Herr Trotsky mit seiner Erklärung sich und die russische Regierung gebunden, unter Verzicht auf die formelle Unterzeichnung eines Vertrages, den Kriegszustand zu beenden und die Demobilisierung der russischen Armee durchzuführen. Wir haben zu dieser Erklärung bis jetzt keine Stellung genommen, ja überhaupt nicht nehmen können. Wir haben vollkommen freie Hand in allen Entscheidungen Rußland gegenüber. Wie rühmlich die augenblickliche Lage ist und wie wenig Wert man auf die Erklärung Trotskys legen kann, beweist ein Rundspruch, in dem der russische Oberbefehlshaber Archenko, dessen angebliche Gefangennahme durch polnische Truppen sich nicht zu bewahrheiten scheint, in Gemeinschaft mit dem Vizepräsidenten des obersten Kollegiums, Morozowski, den russischen Soldaten Mitteilung vom Demobilisationsbefehl gemacht hat. Der Rundspruch schloß mit der Aufforderung, Disziplin zu wahren und durch keine Ausschreitungen die Friedensfeier zu stören. Drei Stunden danach aber erging ein neuer Befehl Morozowskis, die Beobachtung dieser Mitteilung einzustellen, alle der russischen Soldaten Mitteilung vom Demobilisationsbefehl gemacht hat. Der Rundspruch schloß mit der Aufforderung, Disziplin zu wahren und durch keine Ausschreitungen die Friedensfeier zu stören. Drei Stunden danach aber erging ein neuer Befehl Morozowskis, die Beobachtung dieser Mitteilung einzustellen.

## Die Beurteilung der Lage bei unseren Verbündeten.

W. T.-B. Budapest, 12. Febr. (Drahtbericht.) Die Blätter geben ihrer freudigen Genugtuung über den Eintritt des Friedenszustandes mit Rußland Ausdruck. „Pester Lloyd“ schreibt: Zu der Erklärung des Herrn Trotsky in West-Sitow ist keine Gegenreaktion unserer Delegationen gemeldet. Das kann nur bedeuten, daß wir uns gegenüber Rußland auf die Erklärung der russischen Delegation

nicht gebunden erachten. Wir müssen uns fragen, welchen Grund die Petersburger Regierung haben kann, zwischen der Beendigung des Kriegszustandes und dem regelrechten Friedensschluß eine Lücke eintreten zu lassen. Die Antwort auf diese Frage führt auf die Möglichkeit hin, die den Frieden mit der Ukraine nicht verhindern konnte, aber ihren Verzicht, ihn zu verhindern, deutlich genug vertrat hat, sich vielleicht mit der Absicht trägt, ihn wenigstens nachträglich an einer Auswirkung zu verhindern. Wir müssen freie Hand behalten gegenüber etwaigen Versuchen, die Beziehungen zwischen uns und dem ukrainischen Nachbar durch Gewalt oder im Krieg zu stören. — „Magyar Hirlap“ bringt über den Frieden einen Artikel aus der Feder des Grafen Julius Andrássy, der sagt: Es ist von besonderem Wert, daß der russische Friede nicht mit Beziehungen auf die Balkanstaaten verknüpft ist. Denn dies bedeutet die endgültige Liquidation der zaristischen Politik in den Balkanstaaten und den Verzicht auf den Anspruch, daß die Politik der Balkanstaaten von Petersburg aus dirigiert werde. Das einzige, was unsere Freude trübt, ist, daß man bei allen Tatsachen, die Rußland betreffen, ein großes Fragezeichen machen kann.

W. T.-B. Konstantinopel, 12. Febr. (Drahtbericht.) Alle türkischen Zeitungen begrüßen den Friedensschluß mit der Ukraine mit Genugtuung und heben die wirtschaftliche Bedeutung des Vertrages hervor.

## Der Eindruck im neutralen Ausland.

W. T.-B. Amsterdam, 12. Febr. (Drahtbericht.) Der Friedensschluß mit Rußland, der heute vormittag durch Extrazusagen der Zeitungen bekannt wurde, hat hier das größte Aufsehen erregt und wird in der ganzen Stadt lebhaft besprochen. Die Nachmittagsausgaben der Blätter enthalten lange Artikel über den Friedensschluß. „Algemeen Handelsblad“ schreibt: Die rasche Einigung mit der Ukraine muß auf die russische Regierung tiefen Eindruck gemacht haben. Es ist jetzt klar, daß die Entente vom Osten nichts mehr zu erwarten hat. Rumänien kann jetzt, wo die Länder, an die es grenzt, den Kampf aufgegeben haben, allein nicht den Krieg fortsetzen. Der Kampf im Osten ist beendet. Der Sonderfriede ist zu Stande gekommen. Das ist der Anfang vom Ende des Weltkriegs. — „Tijds“ schreibt: In Deutschland togt es im Osten, Deutschland ist jetzt an der Obergrenze frei. Was das zu bedeuten hat, werden die nächsten Wochen sich der Entente wahrscheinlich in erschreckender Weise zeigen.

W. T.-B. Bern, 12. Febr. (Drahtbericht.) Das „Berliner Intelligenzblatt“ schreibt unter der Überschrift: Frieden im Osten — Wirklichkeit! Aus den langen Erklärungen Trotskys ging die Absicht auf Verschleppung hervor, wenn nicht gar die Verbindung einer friedlichen Verständigung. Von dem Augenblick des Hintritts der bolschewistischen Absichten nach Deutschland, wor die Haltung der deutschen Delegation gegeben. Man muß die Beherrschung, die sich v. Kühlmann auferlegte bis zum letzten Tag, nur bewundern, denn ihm konnte der Ausgang bis zum letzten Augenblick nicht mehr zweifelhaft sein. Man rechnete in Deutschland in offiziellen Kreisen sicherlich mit der Möglichkeit eines vollkommenen Bruchs. Mit dieser Erledigung des Ostens setzten die Mittelmächte den Schlupfwinkel hinter ihren größten Erfolg in diesem Krieg. Aus einer ständig drohenden Gefahr eines konvergierenden Groß-Clonens Reichs ist ein Konglomerat von mittelgroßen demokratischen, auf lange Zeit hinaus mit sich selbst beschäftigten Staaten geworden, deren Vielfarbigkeit die Schließung des Ringes um Mitteleuropa, wie Eduard VII. ihn mit dem Zaren formte, unmöglich macht.

## Wilson's Antwort.

A. G. Haag, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht. 15.) Wilson hat heute im Kongress eine Antwort auf die Reden Hertlings und Gernins gegeben. Er findet Hertlings Erklärung unklar und verflüchtigt, die Gernins freundschaftlich. Gernins schenke die Basis für einen Frieden erkannt zu haben. Graf Hertlings Antwort sei rohe und sehr verworren. Die Methode, die er vorschläge, sei die Methode des Wiener Kongresses. Man könne und müsse darauf nicht mehr zurückgehen. Nur wenn die schwebenden Probleme auf eine selbstlose und gerechte Weise behandelt werden und die Wünsche und natürlichen Bedingungen sowie internationalen Aspirationen befriedigend gelöst werden, kann ein dauerhafter Friede zustandekommen. Diese Probleme können nicht separat oder in besonderen Gruppen besprochen werden. Dieser Krieg habe seinen Ursprung in der Verletzung des Rechts der kleinen Nationen. Es müßten jetzt Abereinkommen getroffen werden, die derartiges für die Zukunft unmöglich machten. Graf Hertling wünsche dies durch Verhandlungen von Nacht zu Nacht zu erreichen, er wünsche aber zugleich die Grundlage des Friedens und Gerechtigkeit durch ein gemeinsames Abkommen gesichert zu sehen. Der deutsche Reichskanzler könne doch nicht verlangen, daß ihm auf dem Gebiet der Botschaft ein allgemeines Abkommen geschickt werde, ohne für das andere Gebiet den Weg des allgemeinen Abereinkommens ebenfalls einzuschlagen.

Die Prinzipien, die beim Friedensschluß angewandt werden müßten,

1. daß jeder Teil der definitiven Lösung das Recht hat auf gerechter Entscheidung über jeden Einzelfall und auf einer Regelung, die die meisten Chancen für einen dauerhaften Frieden bietet;











